

Protokoll

des Einwohnerrates Zofingen

Amtsperiode 2014/17

2. Sitzung vom Montag, 26. Juni 2017, 18.00 – 21.10 Uhr im Stadtsaal

Vorsitz

Miriam Ruf-Eppler, Ratspräsidentin

Protokollführerin

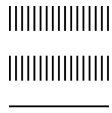
Cornelia Zürcher, Stadtschreiberin

Anwesend

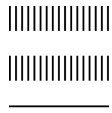
- 36 Mitglieder des Einwohnerrates (bis 18.40 Uhr 35 Mitglieder; ab 20.35 Uhr 34 Mitglieder)
- 7 Mitglieder des Stadtrates

Entschuldigungen

- Adrian Borer, Einwohnerrat
- Stefan Giezendanner, Einwohnerrat
- Liliane Hofer, Einwohnerrätin (ab 20.35 Uhr)
- Franziska Kremer, Einwohnerrätin
- Jakob Lang, Einwohnerrat
- Sandra Olar, Einwohnerrätin (ab 20.35 Uhr)
- Pascal Stenz (bis 18.40 Uhr)



Traktandenliste	Seite
1. Inpflichtnahme	
Inpflichtnahme von Patrik Zimmerli (DYM/EVP), Erich Roth (DYM/ parteilos) und Daniel Gygax (FDP)	321
2. Mitteilungen	321
3. Einbürgerungen	
5 Einbürgerungsgesuche (GK 161 bis GK 165)	323
4. Schulbauten	
GK 142	323
Umsetzung Schulraumplanung GMS/Bez-Schulhaus – Bewilligung Verpflichtungskredite für den Studienauftrag und die Projektierung	
5. Jahresbericht und Jahresrechnung	
GK 157	330
Jahresbericht und Jahresrechnung 2016 der Einwohnergemeinde	
6. Parlamentarische Vorstösse	
GK 141	335
Interpellation von Michael Wacker (SP/JUSO, sp) vom 28. Novem- ber 2016 betr. Führungsqualität der Schulleitung (Begründung; Ant- wort Stadtrat)	
GK 158	335
Interpellation von Michael Wacker (SP/JUSO, sp) vom 15. Februar 2017 betr. bewilligten Fahrten in der Fussgängerzone (Begründung; Antwort Stadtrat)	
GK 166	335
Interpellation der Fraktion DYM (glp, EVP, CVP) vom 23. Juni 2017 betr. Quartierspielplatz Haselweg (Parzelle 1516)	
7. Umfrage	338



Begrüssung

Miriam Ruf-Eppler, Ratspräsidentin

Die Präsidentin begrüsst die anwesenden Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte, die Mitglieder des Stadtrates, die Ratssekretärin, die Kaderleute der Verwaltung, den Stadtweibel, die Stadtsaalcrew, die anwesenden Medienschaffenden sowie die Zuhörenden und Gäste auf der Tribüne und gibt die Entschuldigungen von Adrian Borer, Stefan Giezendanner und Jakob Lang bekannt. Franziska Kremer fehlt ebenfalls. Sie hat sich kurzfristig per E-Mail entschuldigt. Pascal Stenz wird ungefähr eine halbe Stunde verspätet eintreffen.

Die zur Diskussion gestellte – aktualisierte – **Traktandenliste** wird ohne Änderungen **genehmigt**.

Inpflichtnahme

Miriam Ruf-Eppler, Ratspräsidentin

Die drei erstmals anwesenden Ratsmitglieder werden herzlich begrüsst. Anschliessend werden die Einwohnerräte Patrik Zimmerli, Erich Roth und Daniel Gyga gebeten, für die Inpflichtnahme vor den Stadtrat zu treten. Alle Anwesenden, inkl. Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Tribüne, werden gebeten, sich während der Inpflichtnahme von ihren Plätzen zu erheben.

Cornelia Zürcher, Ratssekretärin

Sie verliest die Gelübdeformel: „Ich gelobe, als Mitglied des Einwohnerrates die Ehre und die Wohlfahrt der Stadt Zofingen zu fördern und gemäss den Verfassungen und Gesetzen nach bestem Wissen und Gewissen zu handeln.“

Die Einwohnerräte Patrik Zimmerli, Erich Roth und Daniel Gyga leisten das Amtsgelübde durch Nachsprechen der Worte „Ich gelobe es“.

Den neuen Ratsmitgliedern wird für das Engagement der beste Dank ausgesprochen. Die Präsidentin wünscht ihnen viel Freude an der politischen Arbeit.

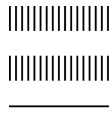
Der Rat ist mit aktuell **35 Mitgliedern verhandlungsfähig**.

Mitteilungen

Per 30. April 2017 ist Einwohnerrätin Gabriele Nauer (DYM/parteilos) zurückgetreten. Die Präsidentin verliest das Demissionsschreiben und erwähnt, dass sie vom 1. Januar 2013 bis 30. April 2017 Einsitz im Einwohnerrat hatte. Gabriele Nauer war zudem Mitglied der einwohnerrätlichen Spezialkommission Neubau QS BZZ (von Oktober 2013 bis März 2016). Als Ersatz hat das Wahlbüro den vorher bereits in Pflicht genommenen Erich Roth, Pomerngut C2 (parteilos), als gewählt erklärt.

Zudem ist am 2. Juni 2017 Einwohnerrat Christoph Wälle (FDP) per sofort zurückgetreten. Auch dieses Demissionsschreiben wird verlesen. Er hatte vom 1. Januar 2012 bis 2. Juni 2017 Einsitz im Einwohnerrat. Als Ersatz hat das Wahlbüro den ebenfalls vorher in Pflicht genommenen Daniel Gyga (FDP) als gewählt erklärt.

Die obligaten Geschenke werden beiden zu Hause übergeben.



Sie gibt die **Wahlergebnisse der Stadtratswahlen** vom 21. Mai 2017 bekannt: Stimmberechtigte 7'807. Gültig eingereicht wurden 3'970 Stimmzettel. Die Stimmbeteiligung betrug 46.3 %. Das absolute Mehr lag bei 1'412 Stimmen, welches im ersten Wahlgang sechs Kandidaten erreicht haben. Gewählt wurden:

- | | |
|----------------------------|-------------------|
| - Dominik Gresch | mit 2'271 Stimmen |
| - Plüss Hans-Martin | mit 2'143 Stimmen |
| - Hottiger Hans-Ruedi | mit 2'111 Stimmen |
| - Syed Rahela | mit 2'030 Stimmen |
| - Guyer Christiane | mit 1'995 Stimmen |
| - Rüeegg Waldvogel Andreas | mit 1'792 Stimmen |

Der Rat wurde gestern Sonntag komplettiert. Im 2. Wahlgang wurde gewählt:

- | | |
|------------------|-----------------|
| - Siegrist Peter | mit 848 Stimmen |
|------------------|-----------------|

(Stimmberechtigte 7'819; gültig eingereichte Stimmzettel 2'654; Stimmbeteiligung 34.6 %)

Die Vorsitzende gratuliert den Gewählten ganz herzlich und wünscht ihnen viel Befriedigung, Erfolg, genügende Weitsicht – und manchmal auch Einsicht und Nachsicht – sowie Freude in diesem anspruchsvollen Amt. Der Stadtrat leistet grosse und wertvolle Arbeit.

(Applaus)

Die Einwohnerratsmitglieder wurden am letzten Freitag bzw. am heutigen Sitzungstag per E-Mail mit der wiederum aktualisierten **Adressliste** und der neuesten **Sitzordnung** bedient.

Das **Protokoll der Einwohnerratssitzung** vom **20. März 2017** gilt als genehmigt; die Frist für Änderungs- und Ergänzungsbegehren ist am 1. Mai 2017 abgelaufen.

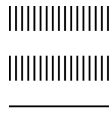
Als **Tischauflage** erhalten die Ratsmitglieder:

- die **aktuellste Traktandenliste** für die heutige Einwohnerratssitzung
- aktualisierte **Sitzordnung**
- Kopie der **dringlichen Interpellation**, die heute durch die **Fraktion DYM** eingereicht wird
- **Jahresbericht 2016** des **städtischen Museums**
- **Geschäftsbericht 2016** der **StWZ Energie AG**
- Programm **Zofinger Kinderfest vom 7. Juli 2017** mit **Einladung** zum **Behörden-Apéro** im Rathaus
- **Rosenberg-Zytig Nr. 5**

Neueingänge

Folgende parlamentarischen Vorstösse sind neu eingegangen:

- Postulat der SP/JUSO-Fraktion betr. Evaluation der Einführung einer Tagesschule
- Dringliche Interpellation aus der Fraktion DYM betr. Quartierspielplatz Haselweg (Parzelle 1516); die Abstimmung über die Dringlichkeit erfolgt unter Traktandum 6
- Information zum Eingang der privaten Motion von Christoph Heer betr. Genehmigung von Oldtimerfahrten durch die Altstadt an Samstagen und über den Entscheid des Ratsbüros vom 21. Juni 2017, dass mangels Zuständigkeit des Einwohnerrates nicht darauf eingetreten wird.



Art. 91

Einbürgerungen

GK 161 bis GK 165

Miriam Ruf-Eppler, Ratspräsidentin

Die Geschäfte GK 161 bis GK 165 werden gemeinsam beraten. Die Abstimmungen erfolgen jedoch einzeln.

Barbara Willisegger, Referentin FGPK

Am 8. Juni 2017 hat die FGPK gestützt auf die vorgängigen Prüfungen durch Stadtrat und Einbürgerungskommission nach kurzer Diskussion allen Gesuchen einstimmig zugestimmt. Gemäss seriöser Prüfung der Einbürgerungskommission sind alle integriert, beherrschen die deutsche Sprache und erfüllen die rechtlichen Voraussetzungen. Dem Rat wird deshalb empfohlen, die Gesuche ebenfalls gutzuheissen.

Eintreten ist nicht bestritten. Das Wort wird nicht verlangt. Es folgen die Abstimmungen über die stadträtlichen Anträge:

GK 161

Dem stadträtlichen Antrag wird mit 34:0 Stimmen zugestimmt.

GK 162

Dem stadträtlichen Antrag wird mit 34:0 Stimmen zugestimmt.

GK 163

Dem stadträtlichen Antrag wird mit 33:0 Stimmen (1 Enthaltung) zugestimmt.

GK 164

Dem stadträtlichen Antrag wird mit 34:0 Stimmen zugestimmt.

GK 165

Dem stadträtlichen Antrag wird mit 34:0 Stimmen zugestimmt.

Den Antragstellerinnen und Antragstellern wird vom Ratspräsidium gratuliert.

(Applaus)

Art. 92

Schulbauten

GK 142

Umsetzung Schulraumplanung GMS/Bez-Schulhaus – Bewilligung Verpflichtungskredite für den Studienauftrag und die Projektierung

Marcel Thüler, Präsident Spezialkommission

Die Spezialkommission hatte den Auftrag, das vorliegende Geschäft zu prüfen. Sein persönliches Ziel bestand darin, die Diskussionen innerhalb der Kommission zu führen und ein eindeutiges Resultat zu erzielen.

Ab Schuljahr 2019/20 wird zu wenig Platz für die Schülerinnen und Schüler der Unterstufe zur Verfügung stehen, weshalb der Stadtrat ein Geschäft vorgelegt hat, in welchem der gesamte Planungsverlauf und die Vorgehensweise dargelegt wird. Obwohl an der ersten Sitzung der Spezialkommission noch kein pfannenfertiges Geschäft vorlag, wurden die Mitglieder mit einer Fülle von Informationen bedient (wie wurden die Zahlen erhoben, welche Planungen erfolgten bereits, Überlegungen, Problemstellungen der Schule etc.). An der nächsten Sitzung erfolgte eine Begehung der betroffenen Gebäulichkeiten (Kornhaus, Pavillon und Keller Gemeindeschulhaus, Teile des Baus der Stadtsaalturnhalle und der Schulräume im Keller). An der dritten Sitzung wurde das druckreife Geschäft vorgestellt und aufgezeigt, welche Gedankengänge man sich zu den verschiedenen Punkten gemacht hatte. Es war ersichtlich, dass die Inputs der ersten beiden Sitzungen in das Geschäft eingeflossen sind. So sind die gewählten Standorte (Konzentration der Oberstufe in der Bezirksschule/ Unterstufe im Bereich GMS) mitunter aus der Diskussion in der Kommission zustande gekommen. An der vierten Sitzung wurde das vorliegende Geschäft behandelt und es wurden materielle Diskussionen geführt. Aufgrund der ungewöhnlichen Herangehensweise an dieses Geschäft konnte verhindert werden, dass Änderungsanträge und Rückweisungswünsche eingereicht werden.

Es gab vor allem Diskussionspunkte bezüglich Turnhallenstandort, Kosten der verschiedenen Varianten und des Raumprogramms. Zudem wurde über die Schülerzahlen diskutiert und darüber, ob nicht im BZZ eine Aufstockung erfolgen solle. Es gab eine breit gefächerte Diskussion und es wurden sämtliche Möglichkeiten in Betracht gezogen.

An der Schlussitzung der Kommission stachen zwei Themen heraus, welche zu längeren Diskussionen Anlass gaben. Einerseits war nochmals der Turnhallenstandort Thema. Nach eingehender Diskussion kamen die Mitglieder zum Schluss, die Turnhalle sei möglichst im oder neben dem zusätzlichen Schulraum zu bauen. Damit kann verhindert werden, dass Flächen überbaut werden, die man vielleicht später anderweitig nutzen könnte. Aus diesem Grund wird die Spezialkommission heute einen entsprechenden Zusatzantrag stellen.

Des Weiteren wurde ausführlich zum Thema Nachbargemeinden diskutiert. Der Stadtrat hat die Spezialkommission von Anfang an darüber informiert, dass entsprechende Gespräche stattfinden. Es wurden keine Informationen vorenthalten; zudem fiel der definitive Entscheid erst letzten Dienstag. Obwohl die Kommission dieses Thema auch in ihren Sitzungen aufgegriffen hat, musste dann doch festgestellt werden, dass es sich um zwei grundsätzlich verschiedene Probleme handelt. Es fehlen ganz klar Schulräume für die Zofinger Schülerinnen und Schüler. Zukünftig wird jedoch auch Schulraum fehlen, sollten mehr Schüler oder Schülerinnen anderer Gemeinden nach Zofingen kommen. Da dieser Zeitpunkt heute aber nicht feststeht (Entscheide der Behörden und der Legislative, Rechtskraft dieser Entscheide [Referendum] etc.), muss nun entschieden werden, ob man so lange zuwarten soll und kann.

Marcel Thüler skizziert kurz die möglichen Szenarien der nächsten zehn Jahre. Einerseits können sich die Schülerzahlen aufgrund unvorhersehbarer demografischer Entwicklungen stark verändern; andererseits kann sich auch der Lehrplan verändern, was sich auf den Raumbedarf auswirken könnte. Es wäre möglich, dass Gemeinden fusionieren oder vertragliche Vereinbarungen aufgelöst werden. Nicht zuletzt stellt sich auch die Frage nach der Höhe des Schulgeldes.

Mit den damals vorliegenden Informationen hat die Kommission einstimmig entschieden, dem Einwohnerrat den Planungskredit von CHF 450'000 zur Annahme zu empfehlen. Mangels einer klaren Mehrheit haben die Kommissionsmitglieder jedoch den Projektierungskredit abgelehnt.

Zum Schluss nimmt er noch kurz Stellung zu einem anonymen Schreiben, obwohl man solche Flugblätter eigentlich nicht kommentieren sollte. Er hält fest, dass die darin verbreiteten Informationen teilweise nicht stimmen oder es sich sogar um Lügen handelt. Zudem ist es sehr stossend, wenn sich jemand anonym äussert.

Wie der Präsident der Spezialkommission eingangs erwähnt hat, haben sich die Kommissionsmitglieder einstimmig (8:0 Stimmen) für einen Zusatzantrag ausgesprochen, der wie folgt lautet:

Die Einfachhalle soll bevorzugt im Perimeter des Ersatzneubaus SeReal geplant werden.

Eintreten ist nicht bestritten.

Maja Freiermuth, FDP

Die Ausgangslage hat sich seit der Fraktionssitzung wesentlich verändert, weshalb sich die Diskussionen anlässlich der Fraktionssitzung und vom darauf folgenden Donnerstag nach Erhalt der aktuellsten Informationen sehr unterschieden. Nach einer erhitzten Diskussion am Montag (nach Erhalt der Medienmitteilung, dass Brittnau, Strengelbach und Zofingen die Zusammenarbeit der Oberstufe forcieren), kam die FDP-Fraktion am Donnerstag schliesslich zum Schluss, dass anstelle eines Rückweisungsantrags ein Änderungsantrag eingereicht wird.

Der Bedarf an zusätzlichem Schulraum ist mehr als ausgewiesen und die Fraktion hätte Antrag 1 auch einstimmig angenommen, wären nicht noch die neuen Erkenntnisse dazu gekommen. Deswegen soll Antrag 1 abgeändert werden. Der Änderungsantrag der FDP-Fraktion lautet:

Für den Studienauftrag Ersatzneubau Schulraum SeReal unter Berücksichtigung einer möglichen Integration der Oberstufen Strengelbach und Brittnau sowie den Neubau des dafür benötigten Turnraums im Bereich Bezirksschulhaus sei ein Verpflichtungskredit von CHF 450'000, zuzüglich teuerungsbedingter Mehrkosten, zu bewilligen.

Mit diesem Antrag soll bewirkt werden, dass die noch offenen Punkte geklärt werden können. Die FDP-Fraktion hofft auf breite Unterstützung ihres Antrags.

Mischa Berner, DYM

Die Dynamische Mitte hat das Geschäft mit grossem Interesse verfolgt und ist sehr erfreut über den vorgeschlagenen Standort. Die Erweiterung bei der Bez erlaubt, dass die Oberstufe an einem Ort konzentriert wird und die Primarschule ebenfalls für sich ist. Die Notwendigkeit von neuem Schulraum ist unbestritten, weshalb die Fraktion DYM Antrag 1 einstimmig annehmen wird. Eine Rückweisung war kein Thema. Auch die zu einem unglücklichen Zeitpunkt verschickte Medienmitteilung ändert an dieser Ansicht nichts, hat aber zu einer Diskussion geführt, ob der Inhalt des Studienauftrages noch konkretisiert werden müsste. Nachdem die FDP bereits einen Änderungsantrag eingereicht hat, wird die Dynamische Mitte diesen unterstützen.

Ergänzend dazu gibt die Fraktion DYM dem Stadtrat die Empfehlung mit, im Studienauftrag eine modulare Bauweise oder eine zweite Etappe einfließen zu lassen. Zudem erscheint das skizzierte Raumprogramm als Luxusvariante, weshalb dieses nochmals überprüft werden soll. Da kurz- bis mittelfristig auch die Bez saniert werden muss, sollte geprüft werden, ob sich dadurch nutzbare Synergien ergeben könnten. Zudem sollte das neue Gebäude an das Fernwärmenetz angeschlossen werden. Bei der Turnhalle ist ebenfalls noch zu prüfen, ob Einsparungen erzielt werden können.

Der ursprüngliche Antrag 2 wurde in der Fraktion DYM erheblich kritisiert, da sich erst aus dem Studienauftrag ergibt, was zu projektieren ist. Durch den Rückzug des Antrags erübrigen sich jedoch die diesbezüglichen Ausführungen.

Michael Wacker, SP/JUSO

Auch die SP/JUSO-Fraktion hat das Geschäft sehr lange und ausführlich diskutiert, insbesondere unter dem Aspekt, wie es mit Strengelbach und Brittnau weitergeht. Die Fraktion hat sich überlegt, ob Änderungen in der Vorlage notwendig sind oder ob ein Antrag einzureichen sei. Eine Rückweisung war jedoch kein Thema. Nachdem klar feststeht, dass Schulraum benötigt wird und ein gewisser Zeitdruck besteht, stimmt die SP/JUSO-Fraktion dem Geschäft zu und unterstützt auch den Änderungsantrag der FDP.

Inzwischen ist Einwohnerrat Pascal Stenz eingetroffen. Die Verhandlungen werden **neu mit 36 Mitgliedern** weitergeführt.

Michael Müller, SVP

Nachdem der Bau des Quartierschulhauses im BZZ begonnen hat, geht es nun darum, den steigenden Raumbedarf in der Oberstufe zur Verfügung zu stellen. Das Vorhaben mittels Campus umzusetzen, wird sehr positiv aufgenommen und unterstützt. Es wird Platz für die Kinder benötigt.

Die Spezialkommission hat sich gegen Antrag 2 des Geschäfts ausgesprochen, was mit den Ansichten aller Fraktionen übereinstimmt. Nachdem sich in diesem Punkt eigentlich alle Fraktionen einig waren, hat der Stadtrat daher seinen Antrag 2 zurückgezogen. Ausserdem liegt heute ein Zusatzantrag aus der Kommission vor. Damit könnte der Eindruck entstehen, dass der Stadtrat nicht ganz den Empfehlungen der Kommission folgen wollte.

Aus heiterem Himmel wurde der Einwohnerrat am 19. Juni 2017 mittels Medienmitteilung informiert, dass Brittnau, Strengelbach und Zofingen die Zusammenarbeit der Oberstufe forcieren. Diese Tatsache hat sicherlich wesentliche Auswirkungen auf den Studienauftrag, weil mehr Schul- und Nebenräume sowie mehr Sportanlagen benötigt werden. Zudem entstehen dadurch neue Anforderungen an die Verkehrsanbindung; ein entsprechendes Verkehrskonzept fehlt im aktuellen Antrag. Es besteht in der Bez weder eine öffentliche Verkehrsanbindung noch ein Busparkplatz. Allenfalls wäre auch die Option eines Oberstufencampus in der Nähe der Kanti oder der Gewerbeschule – also näher bei Strengelbach und Brittnau – mit bereits bestückten Tagesstrukturen (Mensa, Anbindung an öffentlichen Verkehr, Nähe zum Bahnhof) ebenfalls eine Überlegung wert.

Am 21. Juni 2017 schlussendlich hat der Einwohnerrat noch ein ergänzendes Fact Sheet des Stadtrates erhalten, was zu weiterer Verwirrung geführt hat. Alle Fraktionen mussten deshalb mehrere Sitzungen durchführen.

Michael Müller hält fest, dass die Spezialkommission ausgezeichnete Arbeit geleistet hat und die Zusammenarbeit sehr gut funktioniert hat. Nachdem aber die Vorgehensweise sehr irritierend war und heute über das schriftlich vorliegende Geschäft abgestimmt werden soll, gibt es nach Ansicht der SVP keine andere Lösung, als einen Rückweisungsantrag zu stellen. Damit wird der Stadtrat beauftragt, unter Einbezug der Spezialkommission, die jetzige Ausgangslage zu ordnen, die Informationen zu komplettieren und einfließen zu lassen, das Durcheinander zu bereinigen und dem Einwohnerrat schnellstmöglich einen passenden, fundierten und funktionierenden Antrag zu unterbreiten. Die SVP-Fraktion bittet um Unterstützung des Rückweisungsantrags.

Hans-Martin Plüss, Vizeammann

Hätte man vor zwei Wochen über dieses Geschäft beraten, hätte weder eine Rückweisung im Raum gestanden noch wäre es zu grosser Opposition gegen diese Vorlage gekommen. Wie Marcel Thüler bereits erwähnte, hat die einwohnerrätliche Spezialkommission dem Geschäft mit 8:0 Stimmen einstimmig zugestimmt und den Weg klar gewiesen. Die Medienmitteilung vom vergangenen Montag hat für Verunsicherung gesorgt, was er sehr bedauert. Es wurde versucht, mit dem nachträglich zugestellten Fact Sheet aufzuzeigen, was für Auswirkungen durch die mögliche Zusammenarbeit mit

den Gemeinden Brittnau und Strengelbach entstehen könnten. Der Stadtrat beantragt aber nach wie vor die Zustimmung zu Antrag 1, damit mit dem Studienauftrag gestartet werden kann. Der zweite Antrag wurde zurückgezogen, damit nach Vorliegen des Studienauftrags der Einwohnerrat nochmals über das Geschäft diskutieren kann. Der Vizeammann hält klar fest, dass heute nicht Brittnau und Strengelbach das Thema sind; im Gegenteil, es geht um die eigenen Schulkinder. Der Raumbedarf ist klar ausgewiesen und die Dringlichkeit ist hoch. Es soll möglichst wenig sinnloses Geld für Provisorien ausgegeben werden, weshalb er um Ablehnung des Rückweisungsantrags bittet.

Hans-Ruedi Hottiger, Stadtmann

Der Stadtrat hat Verständnis, dass aus Sicht des Einwohnerrates mangelhaft und unglücklich kommuniziert wurde. Auch der Stadtrat war nicht glücklich über den Zeitpunkt. Es ist jedoch so, dass beim Anstreben von Kooperationen immer mehrere Partner involviert sind, was eine Abstimmung mit allen beteiligten Parteien erfordert. Nachdem die Zusammenarbeit Auswirkungen auf Lehrerbearbeitungsplätze (vor allem in Strengelbach) hat, haben die Partner verlangt, dass eine entsprechende Kommunikation erfolgen muss. Dies auch im Hinblick auf die Gemeindeversammlungen, die im Herbst in den beiden Gemeinden stattfinden. Die Bildung regionaler Kooperationen ist Sache der Exekutive, daher ist es sehr schwierig, die Legislative miteinzubeziehen. Manchmal öffnen sich für solche Kooperationen Zeitfenster. Diese sind jedoch sehr schlecht planbar. Ausgangspunkt einer Kooperation ist eine Vision, die auf einen gewissen Zeitpunkt angestrebt wird. Auf der nächsten Ebene folgen die Massnahmen, die durch die Legislative zu bewilligen sind (Einwohnerrat, Gemeindeversammlungen). Diese können jedoch immer mal wieder scheitern. Bei drei Partnern ist ein dreimaliges Scheitern möglich. Im konkreten Fall sind die Prognosen schlecht und es ist wahrscheinlich, dass in den Gemeinden Strengelbach und Brittnau früher oder später die entsprechenden Klassen nicht mehr geführt werden können.

Miriam Ruf-Eppler, Ratspräsidentin

Es folgt die Diskussion über den Rückweisungsantrag.

Michael Wacker, SP/JUSO, sp

Der Vizeammann hat es bereits festgehalten: heute Abend muss Zofingen prioritär für seine Bedürfnisse schauen. Im Jahr 2021 oder 2022 muss genügend Schulraum für die Oberstufe vorhanden sein. Natürlich sind neue Inputs von der SVP erfolgt, aber genau aus diesem Grund soll heute der Studienauftrag erteilt werden. Dieser soll die heute genannten Themen – Verkehrskonzept etc. – aufgreifen, damit in einem guten Jahr die entsprechende Projektierungsvorlage eingereicht werden kann. Eine Rückweisung des Geschäfts führt lediglich dazu, dass noch in einem oder zwei Jahren über diesen Studienauftrag diskutiert wird. Deshalb soll der Rückweisungsantrag abgelehnt oder durch die SVP-Fraktion zurückgezogen werden.

Michael Müller, SVP

Die SVP-Fraktion spricht sich klar für die Schaffung von Schulraum aus, ist jedoch der Meinung, dass eine korrekte Aufgleisung ab Beginn notwendig ist. Zudem wäre es vielleicht an dieser Stelle gut, wenn der Vizeammann kurz den Ablauf eines Studienauftrages erläutern könnte. Seiner Meinung nach wird zur Erteilung eines Studienauftrags bereits viel vom Auftraggeber vorgegeben. Ausserdem stellt sich die SVP auf den Standpunkt, dass Versprechungen zwar schön sind, aber am Schluss nur das gilt, was schwarz auf weiss auf Papier festgehalten ist.

Hans-Martin Plüss, Vizeammann

Bei einem Projektierungsauftrag muss alles bereits konkret festgelegt sein, der Standort ist bereits definiert, es steht konkret fest, wohin und in welcher Grösse die Gebäulichkeiten genau zu stehen kommen und das Raumprogramm ist fixiert. Im Projektierungsauftrag fehlt praktisch jeder Spielraum für eigene Ideen. Zudem wird bereits sehr detailliert festgehalten, was abzuliefern ist. Wenn die Resultate vorliegen und diese nicht den Vorstellungen entsprechen, führt kein Weg zurück – ausser man will noch einmal bei null beginnen.

Demgegenüber besteht beim Studienauftrag mehr Spielraum. Gewisse Vorgaben werden klar fixiert, bei anderen Details kann man jedoch die Planungsbüros beauftragen, gute Lösungen für gewisse Problematiken (z.B. Turnhalle) zu erarbeiten. Mit der Variante Studienauftrag konnten beispielsweise sehr gute Erfahrungen beim Quartierschulhaus gemacht werden. Es soll auch kein anonymer Auftrag erfolgen, sondern die beteiligten Büros sollen bekannt sein. Es werden Begehungen und Zwischenbesprechungen erfolgen, damit eine möglichst saubere Grundlage für das beste Projekt erstellt werden kann.

Hans-Ruedi Hottiger, Stadtkammann

Mit dieser Variante kann man sehr flexibel agieren. Bis zum Abschluss des Studienauftrags steht vielleicht auch fest, ob die Kooperation wirklich zustande kommt und ein Gemeindevertrag vorliegt. Dannzumal kann der Einwohnerrat entscheiden, wie projektiert werden soll. Die Basisvoraussetzungen liegen bis dahin jedoch vor.

Miriam Ruf-Eppler, Ratspräsidentin

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr erfolgen, folgt die Abstimmung über den Rückweisungsantrag.

Der Rückweisungsantrag der SVP wird mit 26:5 Stimmen abgelehnt.

Hans-Martin Plüss, Vizeammann

Er nimmt nun noch Stellung zu den Voten in der Eintretensdebatte. Als erstes versichert der Vizeammann, dass sowieso geplant war, die im Änderungsantrag verlangten zusätzlichen Abklärungen noch vorzunehmen. Auch die von der Dynamischen Mitte erfolgten Anregungen werden dankend entgegen genommen. Selbstverständlich werden die neuen Gebäulichkeiten an die Fernwärme angeschlossen. Zur Kritik der SVP bezüglich verkehrlicher Erschliessung führt er aus, dass die neuen Schulräume von zwei Seiten erschlossen werden können. Es wird auch weiterhin nicht möglich sein, mit einem Bus bis vor die Haustüre zu fahren. Die Bezirksschüler gehen ab der Haltestelle Bifang zu Fuss zum Schulhaus. Es darf angenommen werden, dass dies auch den übrigen Schülern möglich sein wird. Fahrrad- oder Mofalenkerinnen und -Lenker werden die Möglichkeit haben, von beiden Seiten zuzufahren. Er ist überzeugt, dass es sich bei der vorgeschlagenen Lösung um die beste Variante handelt.

Miriam Ruf-Eppler, Ratspräsidentin

Die Vorlage wird im Detail beraten.

Sandra Olar, SP/JUSO, sp**II Schulraumplanung**

Sie erläutert an dieser Stelle, weshalb die SP/JUSO-Fraktion das Postulat betr. Evaluation der Einführung einer Tagesschule eingereicht hat. Die Fraktion ist der Meinung, es brauche nicht lediglich

eine Mengenausweitung an Schulräumen. Mit einer Tagesschule, insbesondere für die Primarschüler, bestünde die Möglichkeit, die Qualität der Bildung zu steigern.

Robert Weishaupt, DYM/CVP

III Bedarf an neuem Schulraum

Er regt an, die Zahl der Turnhallen nochmals zu überprüfen. Mit dem gesellschaftlichen Wandel verändern sich die Anforderungen an die Sportanlagen. Die hohe Bedeutung des Sports bezüglich Gesundheitsprävention, Integration und Bildung ist unbestritten. Sport und Bewegung sind zentrale Bestandteile von Freizeit und Unterhaltungskultur. Die beiden Bezirksschulturnhallen sind in einem schlechten Zustand, daran vermag auch die Sanierung im Sommer 2016 nicht viel zu ändern. Alle vier Turnhallen (Rosengarten-, Stadtsaal- und Bezirksschulturnhallen) entsprechen nicht mehr den heutigen Normen und Ansprüchen, weshalb sich eine umfassende Sanierung abzeichnet. Zudem können die Ansprüche an Trainingseinheiten der Vereine nicht mehr abgedeckt werden. Die Mehrzweckhalle ist oftmals durch diverse andere Anlässe besetzt. Um den Nutzern eine zeitgemässe und wettkampftaugliche Sportinfrastruktur zur Verfügung stellen zu können, macht eine Dreifachturnhalle am meisten Sinn. Im Investitionsplan ist eine solche Turnhalle bereits eingestellt, und mit der aktuellen finanziellen Lage ist es möglich, eine solche auch zu realisieren.

Miriam Ruf-Eppler, Ratspräsidentin

Nachdem das Wort nicht weiter verlangt wird, folgt die Abstimmung über den Änderungsantrag der FDP-Fraktion. Dieser wird dem stadträtlichen Antrag 1 gegenübergestellt. Der obsiegende Antrag gelangt in die Schlussabstimmung:

Für den Studienauftrag Ersatzneubau Schulraum SeReal und Neubau einer Einfach-Turnhalle im Bereich Bezirksschulhaus sei ein Verpflichtungskredit von CHF 450'000, zuzüglich teuerungsbedingter Mehrkosten, zu bewilligen (Antrag Stadtrat).

Für den Studienauftrag Ersatzneubau Schulraum SeReal unter Berücksichtigung einer möglichen Integration der Oberstufen Strengelbach und Brittnau sowie den Neubau des dafür benötigten Turnraums im Bereich Bezirksschulhaus sei ein Verpflichtungskredit von CHF 450'000, zuzüglich teuerungsbedingter Mehrkosten, zu bewilligen (Antrag FDP).

Der **stadträtliche Antrag** erhält **keine Stimmen**, der **Antrag der FDP-Fraktion** erhält **30 Stimmen** (5 Enthaltungen). Daher gelangt der Änderungsantrag der FDP zur Schlussabstimmung:

Für den Studienauftrag Ersatzneubau Schulraum SeReal unter Berücksichtigung einer möglichen Integration der Oberstufen Strengelbach und Brittnau sowie den Neubau des dafür benötigten Turnraums im Bereich Bezirksschulhaus sei ein Verpflichtungskredit von CHF 450'000, zuzüglich teuerungsbedingter Mehrkosten, zu bewilligen.

Dem Antrag der FDP-Fraktion wird mit 30:0 Stimmen (5 Enthaltungen) zugestimmt.

Antrag 2 der Vorlage gelangt nicht zur Abstimmung, da dieser am 21. Juni 2017 vom Stadtrat zurückgezogen wurde. Zudem verzichtet die Spezialkommission auf die Einreichung ihres Zusatzantrages.

Sitzungspause

Art. 93**Jahresbericht und Jahresrechnung****GK 157****Jahresbericht und Jahresrechnung 2016 der Einwohnergemeinde****Robert Weishaupt, Präsident FGPK**

Heute ist über den Jahresbericht und die Jahresrechnung zu befinden. Zum dritten Mal in Folge kann über einen erfreulichen Abschluss gesprochen werden, welcher einerseits aus einem Finanzierungsüberschuss und einer besseren Selbstfinanzierung resultiert. Andererseits haben auch viele der gesprochenen Kredite unter Budget abgeschlossen. Bei den Steuereinnahmen der natürlichen Personen hingegen wurden die Budgetvorgaben knapp nicht erreicht. Diejenigen der juristischen Personen sind ebenfalls nochmals gesunken. Trotz dieser negativen Ausreisser schliesst die Rechnung mit einem positiven Ergebnis ab.

Die FGPK hat die Jahresrechnung und den Jahresbericht anhand der vorgegebenen Vorschriften und Richtlinien geprüft. Die externe Prüfung wurde von der Gruber Partner AG durchgeführt. Aufgrund der Prüfungen kann bestätigt werden, dass die Buchhaltung nach HRM2 sauber, ordentlich und übersichtlich geführt wurde, die laufende Rechnung mit der Buchhaltung übereinstimmt und die Buchführung, die Darstellung der Vermögenslage und die Jahresrechnung den gesetzlichen Vorgaben entspricht. Die Arbeit der FGPK wurde im Erläuterungsbericht festgehalten, in welchem auch die Berichterstattung der Gruber Partner AG enthalten ist. Der FGPK-Präsident hält fest, dass die sehr umfangreiche Abrechnung betr. Bau des Seniorenzentrums ebenfalls durch die externe Revisionsstelle geprüft wurde. Diese wird dem Einwohnerrat zu einem späteren Zeitpunkt mittels separater Vorlage unterbreitet.

Im Bereich Soziales wurden durch den externen Revisor einige Missstände aufgezeigt. Der Bereich hat bereits mit der Umsetzung der Empfehlungen begonnen. Zusätzlich hat die FGPK einige Massnahmen gefordert. Die Details finden sich ebenfalls im Erläuterungsbericht. Auch ist das Seniorenzentrum erneut negativ aufgefallen. Es gilt nun dringend, die Situation in den Griff zu bekommen und die notwendigen Verbesserungen zu erreichen.

Abschliessend bedankt er sich im Namen der FGPK bei den Stadträten für die gute Zusammenarbeit und die konstruktiven Diskussionen. Auch den Mitarbeitenden der Verwaltung – insbesondere den Bereichs- und Abteilungsleitenden – gebührt ein Dankeschön. Ein spezieller Dank für das grosse Engagement wird dem Leiter Finanzen und Controlling sowie den FGPK-Mitgliedern ausgesprochen.

Eintreten ist nicht bestritten.

Marco Arni, DYM

Das Rechnungsjahr der Stadt Zofingen ähnelt einer durchschnittlichen Soap-Opera, was sich aber nicht auf das Handwerkliche bezieht. Da ist die Rechnung mit sauberen und scharfen Bildern – ohne Kamerawackler – tipptopp gemacht, weshalb allen Beteiligten hinter den Kulissen zu danken ist. Auch an Protagonisten, welche ihre vorgesehene Rolle spielen, sich diszipliniert an ihre Vorgaben halten und sie zu übertreffen versuchen, mangelt es nicht. Auch dafür herzlichen Dank.

Die Parallele ist eher in der Dramaturgie zu finden: Das Drehbuch (das Budget) wird im Herbst mit Mahnfinger diskutiert und Spannung wird aufgebaut, ob es mit den Finanzen gut kommt und die ambitionierten Ziele erreicht werden können oder ob es zu unerwarteten Verwicklungen oder Fehlentwicklungen kommt. Meist folgt ein erstes kurzes Aufschnaufen, wenn anfangs Jahr die Steuerertragswerte bekanntgegeben werden. Im Frühling zeichnet sich ab, dass die Rechnung wieder aufgehoben wird; schliesslich die Gewissheit, dass es wieder zu einer Art Happyend kommt. Leider erfolgt

aufgrund des Gewöhnungseffekts keine überschwängliche Freude, obwohl die Zahlen über Erwartung gut sind. Das ist schade, denn auch wenn es immer wieder vorkommt, dass die vorsichtigen Budgetwerte übertroffen werden, sollte man sich nicht daran gewöhnen. Sonst fehlt die entsprechende Wertschätzung.

Der Rechnungsabschluss 2016 ist aus Sicht der Dynamischen Mitte erfreulich. Eine Selbstfinanzierung von CHF 7,4 Mio. ist für die Einwohnergemeinde ein gutes Resultat, welches Zofingen für die Investitionen und den Investitionsplan braucht. Der Steuerertrag ist eine Punktlandung; der Trend bei den natürlichen Personen ist etwas besser als bei den juristischen. Die spezialfinanzierten Bereiche – abgesehen vom Seniorenzentrum – halten sich ebenfalls an die Leitplanken des Budgets.

Eine weitere Parallele zur Fernsehserie ist die Rolle des Einwohnerrates. Dieser ist mehrheitlich in der Zuschauerrolle. Beim Budget-Drehbuch ist eine Beteiligung in engen Grenzen möglich, danach läuft der Film unter der siebenköpfigen Regie bis zum Ende. Am Schluss darf applaudiert oder gestänkert werden. Natürlich muss das so sein, da sonst der Verwaltungsbetrieb kaum funktionieren könnte. Aber eine gewisse Ohnmacht könnte sehr wohl aufkommen, vor allem falls die Resultate einmal nicht mehr so zufriedenstellend sind. Immerhin gibt es die FGPK, welche zumindest das Resultat akribisch analysiert und hinterfragt. Deshalb wird an dieser Stelle der FGPK ganz herzlich für ihre Arbeit gedankt. Mit ihrem Blick hinter die Kulissen hat die Kommission den einen oder anderen Fauxpas entdeckt. Glücklicherweise schlagen diese Entdeckungen nicht gross aufs Rechnungsergebnis. Trotzdem ist es ein Zeichen, wie systematisch und diszipliniert die Kommission arbeitet.

Mit Blick auf die nächste Folge kann schon wieder mit Warnen begonnen und die Spannung aufgebaut werden. Seit Jahren sind Investitions- und Schuldenpeak bekannt. Trotzdem haben die vergangenen Jahre gezeigt, dass immer Abweichungen möglich sind. Vielleicht auch solche auf die positive Seite?

Abschliessend hält er fest, dass er den kommenden Jahresabschluss mit dem Bild eines Zahnarztbesuches kommentieren würde, falls er in einem Jahr erneut die Ehre hätte, an dieser Stelle hier zu stehen. Warum dieses Bild ebenfalls passen würde, wird in der nächsten Folge in einem Jahr aufgelöst.

Die Fraktion DYM wird den Empfehlungen der FGPK folgen und die Anträge unterstützen.

Markus Gfeller, SVP

Es wurde ein guter Abschluss mit einer zufriedenstellenden Selbstfinanzierung erzielt. Unbestritten hat die gute Ausgabendisziplin zu diesem Resultat beigetragen, was an dieser Stelle verdankt wird. Wenn jedoch diese Budgetabweichungen mit einer guten Ausgabendisziplin begründet werden, bedeutet dies, dass bei der Budgetierung nicht die gleiche Disziplin geherrscht hat. Die SVP erwartet, dass im Budget 2018 die Erkenntnisse aus dem Rechnungsjahr 2016 mitberücksichtigt werden. Mit dem 137-seitigen Erläuterungsbericht wurde der Einwohnerrat sehr umfassend über die Rechnungsprüfung informiert. Dafür gebührt allen Beteiligten grosser Dank. Ab Seite 113 findet sich der Prüfbericht der Gruber Partner AG, welcher jedoch vertraulich zu behandeln ist und deshalb unkommentiert bleiben muss. Die SVP-Fraktion fragt den Stadtrat jedoch, ob er bereit ist, zu der Thematik einige Ausführungen zu machen. Interessant ist insbesondere, welche Massnahmen ergriffen wurden, welche Konsequenzen zu erwarten sind und wie die Verantwortlichkeiten im Stadtrat geregelt sind. Abschliessend wird festgehalten, dass die SVP-Fraktion sämtlichen Anträgen zustimmen wird.

Maja Freiermuth, FDP

In der Fraktion wurde vor allem der Prozess der Rechnungsprüfung in der FGPK besprochen. Die Kommission legt Wert darauf, dass zukünftig auch ihre Empfehlungen (analog der Massnahmenvorschläge der externen Revisionsstelle) besser Eingang in das nachfolgende Jahr finden sollen. Dieses

Ansinnen wird von der FDP begrüsst. Es folgt zudem der Hinweis, dass der FDP-Fraktion nach wie vor das lang versprochene Liegenschaftskonzept fehlt!

Marcel Thüler, SP/JUSO

Der Stadtrat legt dem Einwohnerrat in einer riesigen Bandbreite offen, wie gearbeitet wurde. Auch über die Arbeit der FGPK liegt ein umfassender Bericht vor. Er stellt fest, dass sehr gut gearbeitet wird und die Mitarbeitenden der Verwaltung ihre Arbeit ernst nehmen. Vielleicht nimmt sich die Politik manchmal selber etwas zu ernst, wenn sie ganz vertieft nach Fehlern sucht.

Er spricht den Mitarbeitenden der Stadtverwaltung seinen Dank für die tägliche Arbeit im Dienst der Bevölkerung aus und legt Wert darauf, festzuhalten, dass diese Arbeit gewürdigt und geschätzt wird. Die SP/JUSO-Fraktion wird daher allen Anträgen zustimmen.

Dominik Gresch, Stadtrat

Die von der SVP angesprochene Thematik betrifft sein Ressort. Im Bereich Soziales hat eine Zwischenprüfung stattgefunden. Bei den durchgeführten Stichproben resultierten diverse Beanstandungen, welche sofortige Massnahmen notwendig machen. Diese werden bereits laufend umgesetzt, so wird beispielsweise die Administration neu aufgestellt. Zudem wurde per sofort die Praxis geändert, dass Steuererklärungen für Klientinnen und Klienten inhouse ausgefüllt werden. Diese Vorgehensweise war vom Familiengericht akzeptiert. Nachdem die Gruber Partner AG dies aber beanstandet hat, wurden diese Arbeiten umgehend extern vergeben. Andere Beanstandungen resultierten als Folge der knappen Ressourcen (steigende Fallzahlen, personelle Ausfälle etc.). Es wird eine erneute Prüfung stattfinden, um die Wirksamkeit der ergriffenen Massnahmen zu kontrollieren.

Hans-Ruedi Hottiger, Stadtkammann

Die Anregungen bezüglich Rechnungsprüfung der FGPK werden aufgenommen und so rasch als möglich umgesetzt.

Miriam Ruf-Eppler, Ratspräsidentin

Die **Jahresrechnung** wird im Detail beraten und abschnittsweise zur Diskussion gestellt. Dabei erfolgen keine Wortmeldungen.

Der **Jahresbericht** wird gesamthaft zur Diskussion gestellt.

Nachdem das Wort zum Jahresbericht nicht mehr verlangt wird, folgen die Abstimmungen über die stadträtlichen Anträge:

1. *Der Jahresbericht der Einwohnergemeinde für das Jahr 2016 sei zu genehmigen.*

Der stadträtliche Antrag wird mit 34:0 Stimmen angenommen.

2. *Die Jahresrechnung der Einwohnergemeinde für das Jahr 2016 sei unter dem Vorbehalt von Irrtum und Missrechnung zu genehmigen.*

Dem stadträtlichen Antrag wird einstimmig mit 35:0 Stimmen zugestimmt.

3. *Die Abrechnungen über die nachfolgenden Verpflichtungskredite seien unter dem Vorbehalt von Irrtum und Missrechnung zu genehmigen:*

- 3.1 *Wiggertalstrasse – Bau der Strassenverbindung Untere Brühlstrasse bis Nigglishüserstrasse (Spange Aeschwuh – KVA) (GK 90)*

Der stadträtliche Antrag wird einstimmig mit 35:0 Stimmen angenommen.

- 3.2 *Kreisel Oberer Stadteingang – Gemeindeanteil (GK 64)*

Dem stadträtlichen Antrag wird einstimmig mit 35:0 Stimmen zugestimmt.

- 3.3 *Bildungszentrum Zofingen – bauliche Sofortmassnahmen 2013 – 2015 (GK 128)*

Der stadträtliche Antrag wird einstimmig mit 35:0 Stimmen angenommen.

- 3.4 *Oeltrottenbach – Öffnung und Renaturierung sowie Erweiterung der Sauber- (Bach-) und Schmutzwasserleitung Oeltrottenstrasse (GK 137)*

Dem stadträtlichen Antrag wird einstimmig mit 35:0 Stimmen zugestimmt.

- 3.5 *Stadtsaal – Erneuerung technische Anlagen und Installationen sowie Ersatzbeschaffung eines Kombi-Steamers (GK 138)*

Der stadträtliche Antrag wird einstimmig mit 35:0 Stimmen angenommen.

- 3.6 *Stadtsaal – Ersatzbeschaffung Tische, Stühle und Vorhänge (GK 138)*

Dem stadträtlichen Antrag wird einstimmig mit 35:0 Stimmen zugestimmt.

- 3.7 *Abwasserbeseitigung (GEP) – Sanierung des Abwassernetzes entlang dem Moosbach im Ortsteil Mühlethal (GK 37)*

Der stadträtliche Antrag wird einstimmig mit 35:0 Stimmen angenommen.

- 3.8 *Neubau Quartierschulhaus BZZ – Studienauftrag (GK 171)*

Dem stadträtlichen Antrag wird einstimmig mit 35:0 Stimmen zugestimmt.

- 3.9 *Neubau Quartierschulhaus BZZ – Projektierung (GK 171)*

Der stadträtliche Antrag wird einstimmig mit 35:0 Stimmen angenommen.

- 3.10 *Umsetzung Generelle Entwässerungsplanung (GEP) 2014 (GK 35)*

Dem stadträtlichen Antrag wird einstimmig mit 35:0 Stimmen zugestimmt.

- 3.11 *Jugendkulturlokal OXIL – bauliche Anpassungen Jugendzentrum (ehemals Planet Z) (GK 40)*

Der stadträtliche Antrag wird einstimmig mit 35:0 Stimmen angenommen.

- 3.12 *Altstadt-/Bahnhofparking – Nachrüstung, Erneuerung und elektronische Restplatzanzeige (GK 41)*

Dem stadträtlichen Antrag wird einstimmig mit 35:0 Stimmen zugestimmt.

3.13 Abwasserbeseitigung – Verlegung Kanalisationsleitung Mühlethalstrasse (Parzelle 2224)

Der stadträtliche Antrag wird einstimmig mit 35:0 Stimmen angenommen.

3.14 Abwasserbeseitigung – Verlegung Kanalisationsleitung Gütli (Parzelle 3568)

Dem stadträtlichen Antrag wird einstimmig mit 35:0 Stimmen zugestimmt.

4. Die Abrechnungen über die nachfolgenden Budgetkredite seien unter dem Vorbehalt von Irrtum und Missrechnung zu genehmigen:

4.1 Gemeindeschulhaus GMS: Aussensanierung (Kto. 4.2170.5040.14)

Der stadträtliche Antrag wird einstimmig mit 35:0 Stimmen angenommen.

4.2 Bezirksschule: Sanierung Turnhallenböden, diverses (Kto. 4.2170.5040.21)

Dem stadträtlichen Antrag wird einstimmig mit 35:0 Stimmen zugestimmt.

4.3 Sportanlage Trinerplatten: Dachsanierung Tribünengebäude (Kto. 4.3140.5040.01)

Der stadträtliche Antrag wird einstimmig mit 35:0 Stimmen angenommen.

4.4 Sportanlage Trinerplatten: Ersatz Sportplatzbeleuchtung Plätze 2 und 3 (Kto. 4.3140.5040.02)

Der stadträtliche Antrag wird einstimmig mit 35:0 Stimmen angenommen.

4.5 Alte Kanzlei: Sanierung Fenster, energetische Optimierung (Kto. 4.0290.5040.06)

Der stadträtliche Antrag wird einstimmig mit 35:0 Stimmen angenommen.

5. Folgende Postulate seien als erledigt von der Kontrolle abzuschreiben:

5.1 GK 3 (10) Postulat der FDP-Fraktion vom 18. Juni 2007 betr. Einführung von Tagesstrukturen an den Zofinger Volksschulen

Das Postulat wird einstimmig mit 35:0 Stimmen als erledigt abgeschlossen.

5.2 GK 6 (76) Postulat der SP-Fraktion vom 21. März 2011 betr. Pilotprojekt „Tagesstrukturen“

Das Postulat wird einstimmig mit 35:0 Stimmen als erledigt abgeschlossen.

5.3 GK 7 (102) Postulat von Renata Siegrist, Marco Arni und Dominik Gresch (alle DYM/glp) und Mitunterzeichnende vom 12. September 2011 betr. Einführung von Betreuungsgutscheinen

Das Postulat wird einstimmig mit 35:0 Stimmen als erledigt abgeschlossen.

Art. 94

Parlamentarische Vorstösse

GK 141

Interpellation von Michael Wacker (SP/JUSO, sp) vom 28. November 2016 betr. Führungsqualität der Schulleitung (Begründung; Antwort Stadtrat)

GK 158

Interpellation von Michael Wacker (SP/JUSO, sp) vom 15. Februar 2017 betr. bewilligten Fahrten in der Fussgängerzone (Begründung; Antwort Stadtrat)

Der Interpellant verzichtet bei den vorgenannten GK 141 und GK 158 auf ein Votum.

GK 166

Interpellation der Fraktion DYM (glp, EVP, CVP) vom 23. Juni 2017 betr. Quartierspielplatz Haselweg (Parzelle 1516)

Miriam Ruf-Eppler, Ratspräsidentin

Da die Interpellation mit einem Antrag auf Dringlicherklärung eingereicht wurde, ist zuerst über diesen Antrag zu diskutieren und abzustimmen.

Marco Arni, DYM

Das Bauprojekt auf Parzelle 1516, besser bekannt als Spielplatz Haselweg, hat schon hohe Wellen geworfen. Die Medien haben darüber berichtet, die Anwohnerinnen und Anwohner haben Leserbriefe geschrieben und Schreiben an den Stadtrat gerichtet. Allerdings stehen klärende Antworten von Seiten der Stadt bis heute aus. Mit der Interpellation soll erreicht werden, dass der Stadtrat in diesem Fall, der auch eine breitere Öffentlichkeit interessiert, nun Stellung bezieht.

Da die Antworten gegenüber den Anwohner/-innen sowie der Öffentlichkeit überfällig sind, und die bisherige Kommunikationspolitik des Stadtrates zu Verärgerung, Spekulationen und Gerüchten geführt hat, ist die Interpellation als dringlich zu behandeln.

Wenn heute keine Dringlichkeit beschlossen wird, vergehen nochmals mehrere Monate, bis die Antworten kommen. Da dies weder im Interesse des Stadtrates, des Einwohnerrates noch aller Betroffenen ist, wird darum gebeten, die Dringlichkeit zu beschliessen und dem Stadtrat damit die Möglichkeit zu geben, seine Position im Sinne einer endlich transparenten Kommunikation darzulegen.

Hans-Ruedi Hottiger, Stadtammann

Die Dringlichkeit wird anerkannt und der Stadtrat ist gerne bereit, die Fragen zu beantworten.

Miriam Ruf-Eppler, Ratspräsidentin

Das Wort wird nicht mehr verlangt, daher folgt die Abstimmung über den Antrag auf Dringlicherklärung.

Dem Antrag auf Dringlicherklärung der Interpellation wird einstimmig mit 35:0 Stimmen zugestimmt.

Hans-Ruedi Hottiger, Stadtammann

Grundsätzliches

Die Parzelle 1516 am Haselweg ist seit dem 3. September 1958 im Eigentum der Einwohnergemeinde Zofingen. Sie ist seit jeher in der Wohnzone W3 eingezont, bietet ein Potenzial für die raumplanerische Innenentwicklung und weist aktuell eine Landfläche von 830 m² auf.

Ab 1977 wurde das Quartier Zelglistrasse-Haselweg-Naglerbach überbaut. Ursprünglich sollte eine Arealüberbauung, entwickelt von der Firma Metron AG, umgesetzt werden. Aus heute nicht mehr genau nachvollziehbaren Gründen (u.a. wegen fehlenden Interessenten) wurde diese dann aber nicht realisiert. Offensichtlich hatte die Metron AG geplant, im Rahmen der Arealüberbauung zusätzliche Ausnutzungsmöglichkeiten zu erhalten und einen weiteren Teil der fehlenden Ausnutzung der einzelnen Parzellen durch eine gemeinsame Nutzfläche zu generieren.

Einzelne Parzellen wurden in der Folge jedoch individuell überbaut. Allerdings waren verschiedene Parzellen für eine solche Bebauungsart zu klein. Für einzelne Reiheneinfamilienhäuser wurde darum in der Folge eine erhöhte Nutzung bewilligt und diese der Parzelle mit dem Spielplatz abgezogen. Da auf den einzelnen Parzellen zudem der Raum für Besucherparkplätze fehlte, stellte die Stadt die öffentliche Fläche dafür ohne Abgeltung zur Verfügung. Später wurden von der Mutterparzelle 1516 vier Einzelparzellen abparzelliert und verkauft – unbelastet, denn die Nutzungsübertragung verblieb ausschliesslich auf der Stammparzelle 1516. Dies reduzierte die Nutzungsmöglichkeit auf der Mutterparzelle 1516 weiter. Eine Überbauung ist daher nach heutigem Kenntnisstand des Stadtrates nicht mehr möglich.

Stossend an der ganzen Angelegenheit ist, dass all diese Nutzungsübertragungen von der sich im Besitz der Einwohnergemeinde befindlichen Parzelle 1516 kostenlos erfolgt sind. Sie sind zwar alle im Grundbuch ordnungsgemäss eingetragen, wurden aber offensichtlich in den Kaufverträgen nicht vermerkt. Das ist völlig unüblich. Stadtratsbeschlüsse, welche diese kostenlose Übertragung von Nutzungen belegen, konnten bis jetzt auch noch keine gefunden werden.

Hier stellt sich für den Stadtrat natürlich die Frage der Rechtsgleichheit: Bei den in den letzten Jahrzehnten realisierten Arealüberbauungen mussten jeweils die Grundeigentümer bzw. Stockwerkeigentümer sowohl die gemeinsamen Grün- und Spielplätze sowie die Besucherparkplätze finanzieren.

Bezüglich mangelnder Kommunikation hält der Stadtammann fest, dass aufgrund der Komplexität geplant war, eine Aussprache durchzuführen. Mit einer Gruppe konnte ein fruchtbares Gespräch stattfinden. Eine zweite Gruppe verlangte jedoch eine schriftliche Antwort auf die offenen Fragen.

Die konkreten Fragen werden wie folgt beantwortet:

Frage 1: Warum wurde die Quartierbevölkerung nicht vor einem Verkauf informiert, vor allem, wenn die geplante Überbauung so einschneidende Folgen (Wegfallen des Spielplatzes und der Parkplätze) für das Quartier hat?

Auf der Parzelle 1516 in der Wohnzone W3 wurde ein öffentlicher Spielplatz eingerichtet. Er ist im Eigentum der Stadt. Sie hat die Spielgeräte bezahlt und den Platz auch unterhalten. Er ist nicht einer Überbauung zugehörig (z. B. Arealüberbauung). Im Zusammenhang mit der Erarbeitung des Sportanlagenkonzepts im Jahre 2012 wurde festgestellt, dass der Spielplatz gravierende Sicherheitsmängel aufweist und dringend saniert werden muss (GESAK S. 24). Im Zuge der Optimierungsmassnahmen 2013 und im Zusammenhang mit der abgelehnten Steuerfusserhöhung beschloss der Stadtrat, einige öffentliche Spielplätze nicht mehr zu sanieren, sondern aus Spargründen einer anderen Nutzung zuzuführen (so auch den Spielplatz Haselweg). Die Anwohnenden gingen jedoch davon aus, dass es sich um einen Spielplatz handelt, welcher ausschliesslich ihrer Überbauung zugeordnet ist. Hier lag ein grosses Missverständnis vor. Auch die nicht vollzogene Umzonung liess den Stadtrat darauf schliessen, dass die W3 dereinst einer Überbauung zugeführt werden soll.

Aus dem Blickwinkel der Anwohnenden war die Kommunikation zum Verkauf der Parzelle wirklich schlecht. Dafür entschuldigt sich der Stadtrat. Auf Grund seiner Informationen handelte es sich jedoch um den Verkauf eines Grundstücks der öffentlichen Hand in der Bauzone. Dazu brauchte es das Einverständnis der Anwohnenden seiner Ansicht nach nicht. Darum informierte er erst im Zusammenhang mit dem entsprechenden Bauprojekt.

Wurde die Nutzungsziffer nach der Zonenplanänderung von 2013 für die Parzelle 1516 neu berechnet und der Käufer darüber informiert?

Die Ausnutzungsziffer wurde nach der Revision der Bau- und Nutzungsordnung von 2013 nicht neu berechnet. Sie wurde damals in der W3 – wie auch in anderen Bauzonen – angehoben und eine Mindestdichte festgelegt (Ziel: Innenentwicklung, haushälterische Bodennutzung usw.).

Bei der seinerzeitigen Berechnung der anrechenbaren Geschossfläche (alle die dem Wohnen dienenden Flächen) für die Parzelle 1516 im Jahr 2014 wurden jedoch die Anmerkungen im Grundbuch von Mitarbeitenden der Bauverwaltung nicht korrekt und nicht vollständig beurteilt. Dies hat zur Fehleinschätzung des Stadtrates bezüglich der künftigen Nutzung der Parzelle 1516 geführt.

Nach heutigem Kenntnisstand verteilte die Stadt in den 80er-Jahren von der Mutterparzelle (inkl. Parzelle 1516) und anschliessend noch von der Parzelle 1516 Ausnutzung auf die umliegenden Parzellen ohne finanzielle Abgeltungen und ohne dass die zonenplanerischen Folgen (Umzonung der Parzelle 1516 von W3 in eine Spezialzone) umgesetzt wurden. So verblieb auf der Parzelle 1516 schlussendlich noch eine Landfläche von 2 m², welche zonenkonform überbaut werden kann.

Umliegende Parzellen sind als Folge dieses AZ-Transfers teilweise hoffnungslos übernutzt (AZ > 1.44). Faktisch kann – es ist noch eine Anmerkung auszuwerten – auf der Parzelle 1516 keine bauliche Nutzung mehr stattfinden. Wenn dem so ist, müssen die raumplanerischen Konsequenzen gezogen werden und die Parzelle 1516 ist von der W3 in eine Grünzone umzuzonen.

Wie stellt sich der Stadtrat die Parkplatz-Situation vor, wenn die Parzelle überbaut ist und die vorhandenen Besucherparkplätze wegfallen?

Die Parkplätze auf der Parzelle 1516 stehen heute der Allgemeinheit gratis zur Verfügung. Sie können von allen benutzt werden, unbesehen ob sie im Quartier wohnen oder nicht. Es besteht keine Dienstbarkeit (sachenrechtliches Fundament) im Grundbuch, welches die Parkplätze einem bestimmten Personenkreis zuordnen würde (z. B. Besucherparkplätze für die Reihenhausbewohnenden). Die Zurverfügungstellung von Gratisparkplätzen ritzt die Rechtsgleichheit und Rechtssicherheit auch im Vergleich zu anderen Quartieren. Der Stadtrat ist bestrebt, die öffentlichen Parkplätze sukzessive monetär zu bewirtschaften.

Wie ist der Wissensstand um die Besitzverhältnisse und Dienstbarkeiten von Parzelle 1516 aktuell?

Auf der Parzelle 1516 bestehen keine Dienstbarkeiten, Grundlasten, Vormerkungen und Grundpfandrechte.

Massgebend sind die drei Anmerkungen nach § 163 BauG. Sie beschreiben die Rechtslage an Grundstücken, fördern die Rechtssicherheit und zeigen mögliche Beschränkungen an einem Grundstück auf. Die drei Anmerkungen nach § 163 BauG legen dar, wie Ende der 70er- und anfangs der 80er-Jahre die Abparzellierungen resp. die Nutzungsübertragungen erfolgten.

Was passiert mit den anderen Spielplätzen im Gemeindegebiet, welche in der Bauzone liegen?

Auszug GESAK (Gemeindesportanlagenkonzept) 2012

Die öffentlichen wie auch die privaten Spielplätze können je nach Ausgestaltung und Spielangebot einen grossen Beitrag im Bereich der Bewegung, der Motorik und der allgemeinen Entwicklung der

Kinder beitragen. Die Stadt Zofingen bietet in diesem Bereich mit 24 öffentlichen Spielplätzen ein sehr grosses Angebot an.

Die Verteilung der Spielplätze auf das gesamte Stadtgebiet ist gut und entspricht auch in etwa der Bewohnerstruktur der einzelnen Quartiere. Einzig im Bereich der Altstadt und deren Umgebung ist eine Massierung an öffentlichen Spielplätzen festzustellen.

Die Spielplätze, die auch zukünftig aufrechterhalten werden sollen, liegen in Spezialzonen (z. B. Grünzone). Massgebend ist das GESAK. Mit Ausnahme von zwei Spielplätzen sind bei den auf dem Stadtgebiet aktuell vorhandenen keine Änderungen vorgesehen. Die Ausnahme bilden zwei Spielplätze im Umfeld der Altstadt: Diejenigen beim Amtshüsli und bei der Oberen Promenade weisen massive Sicherheitsmängel auf. Im GESAK werden daher die Aufhebung des Spielplatzes Amtshüsli und die Überprüfung des Weiterbetriebs Obere Promenade empfohlen. Der Stadtrat hat aber noch keine diesbezüglichen Entscheide gefällt.

Wie viele öffentliche Spielplätze die Stadt unterhalten will, ist nicht zuletzt auch eine finanzielle – und damit auch eine politische – Frage. Denn der entsprechende Betrieb und Werterhalt ist kostenintensiv.

Wie will der Stadtrat sicherstellen, dass die Kommunikation mit von Bauprojekten unmittelbar Betroffenen künftig besser funktioniert?

Der Stadtrat kommuniziert ausführlich über sämtliche Bauvorhaben im Hoch- und im Tiefbau, dies zielgruppen- und zeitgerecht. Standardmässig werden auch öffentliche Informationsveranstaltungen zu grösseren Bauvorhaben durchgeführt. An dieser Praxis will der Stadtrat nichts ändern.

Dass das Informationsverhalten des Stadtrates im Falle der Überbauung Haselweg zu Recht kritisiert wird, liegt nicht an den Kommunikationsprozessen, sondern an der fehlerhaften Aufarbeitung und Planung des Verkaufs der Parzelle 1516. Der Stadtrat ist besorgt dafür, dass diese Vorbereitungsarbeiten in Zukunft genauer und fehlerfrei erfolgen.

Miriam Ruf-Eppler, Ratspräsidentin

Aufgrund der mündlichen ausführlichen Informationen gilt die Interpellation als erledigt.

Art. 95

Umfrage

Hinweis der Protokollführung

An der Einwohnerratssitzung wurden zuerst alle Fragen gestellt, und danach folgten die Beantwortungen durch den Stadtrat. Aus Gründen der Übersichtlichkeit folgt im Protokoll die jeweilige Beantwortung gleich nach der Frage.

Michael Wacker, SP/JUSO, sp

Ist die vorgenannte Parzelle nun verkauft oder befindet sich diese noch im Besitz der Stadt? Ergeben sich aus diesen Vorfällen finanzielle Konsequenzen?

Zugleich regt er an, zukünftig in den Budgets die Parzellen-Nummern mit der Adresse zu ergänzen, damit man eine Ahnung hat, wo sich die entsprechenden Parzellen befinden.

Hans-Ruedi Hottiger, Stadtmann

Obwohl ein entsprechender Beschluss des Stadtrates vorliegt, wird es vermutlich nicht zum Verkauf kommen. Die Folgen können noch nicht abgeschätzt werden, da noch intensive Abklärungen notwendig sein werden.

Marcel Thüler, SP/JUSO, sp

In der Zeitung war zu lesen, dass der Stadtmann die Einwohner nicht richtig grüsse. Erschreckend daran war aber vor allem, dass dies offenbar nicht schon viel früher aufgefallen ist. Er selber hat sich zu dieser Zeit gerade in Italien aufgehalten, wo die Stadtpräsidenten sehr gut erkennbar sind. Deshalb fragt er an, ob Stadtmann und Vizeammann bereit wären, sich ebenfalls entsprechend auffällig zu kennzeichnen, damit für die Bevölkerung sofort klar erkennbar ist, von welcher Amtsperson sie nicht korrekt und freundlich begrüsst werden.

Hans-Ruedi Hottiger, Stadtmann

Der Vizeammann und er haben in letzter Zeit das Grüssen bereits intensiv geübt und sie beide begrüssen nun jeweils gemeinsam laut und deutlich alle anwesenden Personen. Das Problem war allerdings nicht, dass man sie nicht erkannt hätte, sondern die beiden Amtsträger haben das Gegenüber nicht erkannt.

Yvonne Lehmann, SP/JUSO, sp

Sie wurde bei ihrer Tätigkeit als Samariterin bereits mehrmals darauf angesprochen, dass die kostenpflichtigen WC-Anlagen bei Grossanlässen geschlossen sind. Gibt es Möglichkeiten, dass die Veranstalter diese – insbesondere diejenige bei der Markthalle – freischalten lassen könnten (Weihnachtsmarkt, Sportanlässe, Bio-Marché etc.). Zudem wäre es gut, wenn diese für Securitas-Einsätze in der Nacht ebenfalls zugänglich wären.

Käthi Hagmann, Stadträtin

Die Gebührenpflicht für die öffentlichen Toiletten wurde per 1. Januar 2016 eingeführt. Bis dahin hatte die Stadt jährliche Kosten von mehreren Zehntausendfranken für Reparaturen infolge Vandalenakte. Offenbar erfolgen aufgrund der Gebühr keine Beschädigungen mehr. Auch die Sauberkeit hat sich massiv verbessert.

Bei Grossanlässen müssen durch die Veranstalter zusätzliche WC-Anlagen bereitgestellt werden. Die öffentlichen Toilettenanlagen können während dieser Zeiten gegen die ordentliche Gebühr von CHF 1 normal besucht werden. Aufgrund der durchwegs guten Erfahrungen wird an der bisherigen Praxis festgehalten, weswegen die Gebührenpflicht auch während Grossanlässen bestehen bleibt.

Yvonne Lehmann, SP/JUSO, sp

Das Einbürgerungsverfahren erfährt ab 1. Januar 2018 Änderungen. Ab diesem Datum können sich nur noch ausländische Personen mit einer Bewilligung C einbürgern lassen. Mit einem B-Ausweis wird es nicht mehr möglich sein. Ist vorgesehen, die betroffenen Personen mittels Schreiben zu informieren?

Hans-Ruedi Hottiger, Stadtmann

Der Stadtrat hat nach entsprechender Beratung entschieden, auf eine schriftliche Benachrichtigung zu verzichten. Es herrscht die Meinung, dass Interessentinnen und Interessenten genügend Eigenverantwortung und Interesse haben sollten, um sich über die Voraussetzungen zu informieren.

Rudolf Günthardt, FDP

Ihn interessiert der Meccano der Schulraumplanung. Es fällt auf, dass die rollende Planung einmal mehr überrollt wurde. Es musste wieder einmal mehr unter Zeitdruck geplant werden.

Hans-Martin Plüss, Vizeammann

Die Schulraumplanung wird grundsätzlich durch Schulleitung und Schulpflege ausgelöst. Dies ist anfangs 2012 erfolgt und Ende desselben Jahres lagen die Resultate vor. Daraufhin folgte die Planung des Schulhauses im BZZ. Gleichzeitig wurde beschlossen, dass eine erneute Überprüfung in 3 Jahren nötig sei – auch in Bezug auf die Oberstufe. Daher wurde im Jahr 2015 die Aktualisierung an die Hand genommen, welche gezeigt hat, dass nicht in der Oberstufe sondern erneut auf der Primarstufe Handlungsbedarf bestand. Um einen Schulbau zu realisieren, wird ein Vorlauf von 7 Jahren benötigt, daher ist man grundsätzlich immer zu spät dran. Die Problematik besteht darin, dass die Kinder viel zu schnell ins schulpflichtige Alter kommen.

Hans-Ruedi Hottiger, Stadtkammann

Die rollende Planung ist beim Investitionsplan das A und O. Die Investitions- und Finanzpläne werden jeweils auf eine Budgetphase erneuert, obwohl diese meist schon Mitte Jahr nicht mehr stimmen. Da es sich um eine 10-Jahresplanung handelt, ergeben sich immer wieder Ungenauigkeiten und Korrekturen.

Rudolf Günthardt, FDP

Zwischen dem Trottenrain und dem Eigerweg existiert ein Holzsteg, welcher eigentlich hätte erneuert werden sollen. Wie geht es dort weiter?

Hans-Ruedi Hottiger, Stadtkammann

Der Holzsteg steht noch in unveränderter Form am Rebberg. Es wird zuerst detailliert geplant, was gemacht werden kann, bevor anschliessend die Anwohnenden informiert werden können.

Eveline Anderegg, SVP

Sie bedankt sich für die ersten Massnahmen, die der Stadtrat bezüglich des Parkplatzproblems bei der Badi/im BZZ ergriffen hat. Ergänzend möchte sie wissen, wie und durch wann die Organisation erfolgt, wenn im BZZ mehrere kleine Anlässe, die je für sich allein kein Verkehrskonzept benötigen, gleichzeitig stattfinden.

Hans-Ruedi Hottiger, Stadtkammann

Die Anfragen kommen in der Regel zeitlich verzögert und betreffen häufig das ganze Gemeindegebiet. Die Bearbeitung erfolgt durch das Stadtbüro und die Repol schätzt die Verkehrs- und Sicherheitssituation ein. Finden mehrere solche Anlässe zeitgleich statt, erfolgt vermutlich eine Neueinschätzung. Vorsichtigerweise wird in der Regel ein Sicherheitsdienst verlangt. Aufgrund der Erfahrungen wurde nun ein neuer Prozess erstellt; die Repol nimmt vor dem Anlass nochmals Kontakt mit dem Organisator auf und es erfolgen auch Kontrollen am Datum des Anlasses.

Christiane Guyer, Stadträtin

Die Koordination läuft grundsätzlich über das Stadtbüro. Die Repol verfügt jedoch zusätzlich über ein Eskalationsschema zu Ersatzparkplätzen. Es wurde festgestellt, dass die Signalisation zu den Ersatzparkplätzen ungenügend war, weshalb diese verbessert wurde. Im Bereich Trinerminen/BZZ patrouilliert bei schönem Wetter die Securitas. Im weiteren erfolgt immer auch die Empfehlung einer Anreise mit den öffentlichen Verkehrsmitteln.

Marco Negri, SVP

Der heutigen Medienmitteilung zum rechtskräftigen Gestaltungsplan im Zelgli kann entnommen werden, dass sich ein Fehler bei den Sondernutzungsvorschriften eingeschlichen hat. Wie kann so etwas vorkommen, nachdem eine so detaillierte Vorprüfung erfolgt ist?

Andreas Rüegger, Stadtrat

Bei der Berechnung hat sich ein Fehler ergeben. Dieser entstand aufgrund eines Missverständnisses zwischen dem Wohnungsspiegel und der Ausnützungsberechnung. Obwohl der Gestaltungsplan durch verschiedene Stellen geprüft wurde, hat niemand diesen Fehler entdeckt. Daher musste er revidiert und neu aufgelegt werden, damit der Rechtsmittelweg offen ist.

Hans-Ruedi Hottiger, Stadtammann

Er ergänzt, dass im Text ein Wort gefehlt hat. In einem Paragraphen der Sondernutzungsvorschriften fehlte das Wort „nicht“, was niemand bemerkt hat. Dies musste noch korrigiert werden.

Robert Weishaupt, DYM/CVP

Seiner Meinung nach sollte die Signalisation der Fussgängerzone in der Altstadt neu gestaltet werden. Es müsste so signalisiert werden, dass man merkt, wenn man in diese hineinfährt. Zudem wird die Fussgängerzone nirgendwo mehr aufgehoben.

Andreas Rüegger, Stadtrat

Die Fussgängerzone war bereits Thema in der Verkehrskommission. Im Rahmen der Überprüfung der Thematik Fussgängerzone, Altstadtentwicklung, Verkehrsführung in der Altstadt etc. werden die Signalisationen überprüft. Es soll mit möglichst wenigen Signalen eine optimale Wirkung erreicht werden.

Marco Arni, DYM/glp

Vor einem Jahr hat die Dynamische Mitte eine Interpellation zum Thema „Standort Mittellandarena“ eingereicht. Wie ist der aktuelle Stand dazu?

Hans-Ruedi Hottiger, Stadtammann

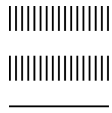
Der Stadtrat steht mit den Initianten in Kontakt. Es wurde ihnen klar dargelegt, dass ein Betrieb sichergestellt sein müsse. Dies ist dann möglich, wenn ein Ankermieter vorhanden ist. Da dies momentan nicht der Fall ist, erachtet es der Stadtrat als nicht sinnvoll, zum jetzigen Zeitpunkt eine Grundsatzentscheidung zu fällen.

Miriam Ruf-Eppler, Ratspräsidentin

Am 10. Juni 2017 fand ein Publikums-Workshop zur Leitbildentwicklung statt. Wie ist der aktuelle Stand dieses Projektes?

Hans-Ruedi Hottiger, Stadtammann

Die am 10. Juni 2017 im Stadtsaal geleistete Arbeit war beeindruckend. Er bedankt sich an dieser Stelle für das grosse Engagement der Teilnehmenden. Es wurde allerdings festgestellt, dass ein zweiter Workshop notwendig ist. Deshalb folgt eine weitere Abend-Veranstaltung mit dem gleichen Personenkreis. Einige Leitsätze konnten klar bestätigt werden, bei anderen Themen sollen klarere Stossrichtungen generiert werden.



Miriam Ruf-Eppler, Ratspräsidentin

Die Präsidentin bedankt sich für die konstruktiven Diskussionen, weist auf die nächste Einwohner-ratssitzung vom 18. September 2017 hin und wünscht allen ein tolles Kinderfest und einen schönen Sommer, bevor sie die Sitzung um 21.10 Uhr schliesst.

Für getreues Protokoll:

Miriam Ruf-Eppler
Ratspräsidentin

Cornelia Zürcher
Protokollführerin